

NACHRICHTEN

Rumänien beklagt leere Staatskassen

BUKAREST: Der neue rumänische Ministerpräsident Mugur Isarescu hat beklagt, dass wegen ausbleibender Steuereinkünfte die Staatskasse nahezu leer sei. Der Staatshaushalt biete «ein Bild der Verwüstung», zitierten ihn rumänische Tageszeitungen vom Montag. Hintergrund seien vielfache Sonderregelungen zu Steuer-Erleichterungen für unrentable staatliche und private Betriebe sowie Korruption. Diese «geht vom Gesetz aus», sagte Isarescu weiter, da es erlaube, «über alles zu verhandeln». Der parteilose Isarescu ist seit Dezember vorigen Jahres im Amt. Er wurde von der bürgerlich-liberalen Regierungskoalition berufen, angesichts der besonderen Herausforderungen, die durch die jetzt beginnenden Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union auf das Land zukämen. Seine langjährige Erfahrung als Nationalbank-Chef qualifiziere Isarescu als unabhängigen Fachmann, hiess es damals.

Neue Runde der UNO-Abrüstungskonferenz

GENÈVE: Die UNO-Abrüstungskonferenz hat am Montag in Genf eine neue Verhandlungsrunde aufgenommen. Das weltweit wichtigste multilaterale Abrüstungsforum streitet seit drei Jahren über eine Tagesordnung für neue Abrüstungsverhandlungen. Unter den Vertretern des 66 Mitgliedstaaten herrschte wenig Optimismus über einen Durchbruch. Auch im letzten Jahr konnte keine Einigung über drei Kernthemen erzielt werden: atomare Abrüstung, Massnahmen gegen ein Wettlaufen im All sowie ein Verbot der Herstellung von spaltbarem Atomwaffen-Material. Im letzten Jahr hatte der Kosovo-Konflikt die Tagesordnungs-Debatte in der Abrüstungskonferenz belastet. Das Gremium hatte im letzten Jahr als neue Mitglieder Ecuador, Irland, Kasachstan, Malaysia und Tunesien aufgenommen. Zu den Mitgliedern gehören auch die fünf anerkannten Nuklearmächte. Die Arbeit der Abrüstungskonferenz ist seit 1996 wegen eines Streits über das Arbeitsprogramm blockiert. Die USA und andere westliche Staaten wollen einen Vertrag über ein weltweites Produktionsverbot von atomwaffenfähigem Uran durchsetzen. Länder wie Indien und Pakistan verlangen dagegen einen Ausschuss über nukleare Abrüstung.

Saddam Hussein wieder siegessicher

BAGDAD: Neun Jahre nach der Niederlage im Golfkrieg zeigt sich der irakische Staatschef Saddam Hussein wieder siegessicher. Die Feinde Iraks würden eines Tages «auf Knien um Vergebung bitten», verkündete der Machthaber. In einer vom Fernsehen übertragenen Ansprache zum Jahrestag des Krieges sagte Saddam Hussein am Montag, der Kampf gegen die Vereinigten Staaten gehe weiter, doch der Sieg sei «unausweichlich». Die «Mutter aller Schlachten», wie der zweite Golfkrieg von Januar bis Februar 1991 in Irak offiziell genannt wird, sei noch immer im Gang. «Doch am Ende des Kampfes, so lange er auch dauern möge, wird Irak glorieux siegen», sagte Hussein. Gleichentags demonstrierten im Zentrum Bagdads rund 5000 Menschen gegen die USA und Grossbritannien und für ein Ende der Sanktionen. Der Staatschef stimmte die Bevölkerung auf weiter andauernde Versorgungsengpässe ein, die auf die UNO-Sanktionen zurückzuführen seien. Jeder unnötige Kauf von Kleidung und Nahrungsmitteln solle unterbleiben, forderte er. Nach offizieller irakischer Darstellung kamen durch den Nahrungsmangel und durch eine Unterversorgung mit Medikamenten seit August 1990 bereits 1,25 Millionen Menschen im Irak ums Leben.

3000 Alliierte im Kongo befreit

HARARE: Truppen aus Simbabwe haben den Belagerungsring von Rebellenverbänden um die Stadt Ikela im Norden Kongos durchbrochen. Damit befreiten sie etwa 3000 eingekesselte alliierte Soldaten. Darunter seien 700 Soldaten aus Simbabwe gewesen, berichtete das staatliche Radio in Simbabwes Hauptstadt Harare am Montag. Die seit sieben Wochen andauernde Einkesselung der alliierten Truppen des kongolesischen Präsidenten Laurent Kabila sei bereits am Sonntag gewaltsam beendet worden. Zuvor hatte die aus kongolesischen Regierungs- und Rebellenvertretern bestehende Gemeinsame Militär-Kommission (JMC) erklärt, ein internationales Diplomaten-Team solle die Soldaten auf dem Verhandlungswege freibekommen.

Neuer Präsident in Chile

Der neue Mann heisst Ricardo Lagos: Aufruf zur Einigkeit im Land – Menschenrechte achten

SANTIAGO: 27 Jahre nach dem blutigen Putsch gegen Salvador Allende haben die Chilenen wieder einen Sozialisten zum Staatschef gewählt. Der 61-jährige Ricardo Lagos, gewann am Sonntag die Stichwahl gegen seinen konservativen Gegenkandidaten Joaquín Lavín.

Er kam am Sonntag in der Stichwahl auf 51,32 Prozent der Stimmen, sein Kontrahent Lavín erhielt 48,68 Prozent. Lagos war für die Allianz aus Christdemokraten und Sozialisten («Concertación») angetreten, die das Land seit 1990 regiert. Der Rechtspopulist Lavín vertrat das Pinochet-Lager.

In der Stichwahl konnte Lagos offenbar weitgehend die drei Prozent der Wähler für sich mobilisieren, die in der ersten Runde für die kommunistische Kandidatin Gladis Marin gestimmt hatten. Die Wahlbeteiligung lag bei mehr als 90 Prozent.

Aufruf zur Einigkeit

Lagos rief in seiner ersten Ansprache nach dem Wahlsieg das Land zur Einigkeit auf. «Ich will eine Nation, in der die Ungleichheiten überwunden werden. Ich will der Präsident aller Chilenen sein», sagte der Wahlsieger vor Zehntausenden jubelnden Anhängern auf dem Platz vor dem Präsidentenpalast im Zentrum von Santiago.

Lagos ist das erste sozialistische Staatsoberhaupt Chiles, seit General Augusto Pinochet im Jahre 1973 Salvador Allende mit einem Putsch gestürzt hatte. Allerdings bemühte sich Lagos im Wahlkampf, sein Pro-



Ricardo Lagos heisst der neue Staatschef Chiles. 27 Jahre nach dem blutigen Putsch gegen Salvador Allende ist nun wieder ein Sozialist an Chiles politischer Spitze zu finden. (Bild: Keystone)

fil als Sozialdemokrat europäischer Prägung zu schärfen. So bekannte er sich zur neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Gerichte und Menschenrechte achten

In seiner Ansprache nach seinem Sieg begrüßte Lagos auch Hortensia Allende, die Witwe von Salvador Allende. Sie war bei der Kundgebung anwesend. Lagos versprach, die Menschenrechte zu verteidigen. «Ich werde die Vergangenheit nicht vergessen, aber mein Blick ist in die Zukunft gerichtet», sagte er.

Die Menge forderte daraufhin in Sprechchören: «Pinochet vor Ge-

richt». Lagos antwortete, dies sei eine Frage der Justiz. «Ich werde die Antwort der Justiz respektieren». Gegen Pinochet liegen in Chile 56 Anzeigen wegen Verbrechen während der Militärdiktatur zwischen 1973 und 1990 vor.

Der General steht seit 15 Monaten in London unter Hausarrest. Die spanische Justiz verlangt seine Auslieferung. Wegen seines schlechten Gesundheitszustandes will die britische Regierung Pinochet aber möglicherweise schon bald in seine Heimat ausreisen lassen. Der Ex-Diktator genießt als Senator auf Lebenszeit in Chile Immunität.

Lagos rief Lavín auf, mit der Re-

gierung zusammenzuarbeiten. «Hier ist Platz für alle. Wir können auf niemanden verzichten», betonte der gewählte Präsident.

Lavín gab sich als guter Verlierer. Nachdem er dem Sieger in dessen Wahlkampfzentrale persönlich gratuliert hatte, versprach der 46-jährige Lavín eine konstruktive Opposition. Unter grossem Jubel von Lagos-Anhängern gaben sich die beiden Politiker die Hand und umarmten sich.

Allerdings kritisierte Lavín, dass sein früheres enges Verhältnis zu seinem politischen Ziehvater Pinochet zum Thema des Wahlkampfes gemacht worden sei.

IKRK weiter besetzt

Bogotá: Treffen zwischen Bauern und Regierung

GENÈVE/BOGOTÁ: In der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá hielten am Montag weiterhin mehrere hundert Personen das IKRK-Büro besetzt. Die Verhandlungen zwischen den Bauern und der Regierung sollten am Abend (Schweizerzeit) fortgesetzt werden.

Die Arbeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) sei weiter in ganz Kolumbien suspendiert, sagte der IKRK-Sprecher in Bogotá, Carlos Ríos gegenüber der Nachrichtenagentur sda. Am Montagmittag (Ortszeit) sei ein neues Treffen zwischen einer Besetzer-Delegation und Regierungsvertretern angesetzt. An dem Treffen werden erneut IKRK-Vertreter anwesend sein.

Das IKRK wollte keine Angaben zu den Verhandlungen machen. «Wir nehmen daran weiterhin nicht aktiv teil», sagte IKRK-Sprecherin Corinne Adam in Genf. Die Lage

des IKRK in Kolumbien werde täglich neu analysiert. «Die vorläufige Einstellung der Aktivitäten hat im humanitären Bereich insbesondere Folgen für die Opfer», betonte Adam.

Die Besetzer verlangen laut Presseberichten in erster Linie finanzielle Unterstützung für jede Familie. Die Regierung will, dass die Gelder für kollektive Produktionspläne verwendet werden. Die Vertreter der Bauern wollten jedoch die Summe jeder Familie zum eigenen Gebrauch übergeben.

Die Bauern hatten das Gebäude des IKRK am 4. Januar gestürmt, die meisten der zunächst 37 Geiseln aber innerhalb weniger Stunden freigelassen. Die Besetzer beschuldigen die Regierung, die Vertriebenen im eigenen Land zu vernachlässigen. Die Besetzer gehören zu einer Gruppe von rund 300 Bauern, die unter Todesdrohungen aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Arkans Tod unklar

Reaktion von UNO-Chefanklägerin Del Ponte

BRÜSSEL: Carla Del Ponte, Chefanklägerin am UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag, hat bedauert, dass sich der serbische Milizenchef Arkan nicht mehr vor dem Tribunal verantworten kann.

Del Ponte gab am Montag in Brüssel eine Stellungnahme zum Tod des 47-Jährigen ab, der mit bürgerlichem Namen Zeljko Raznatovic hiess. Sie hätte es vorgezogen, wenn Arkan vor dem UNO-Tribunal für Jugoslawien und Ruanda hätte erscheinen müssen, sagte sie auf Fragen der Medien.

Der vom Haager Tribunal wegen Kriegsverbrechen im früheren Jugoslawien angeklagte Milizenchef habe nicht mit dem Tribunal kooperiert, hielt sie weiter fest. Zu den Umständen der Ermordung Arkans sagte sie, sie warte auf unabhängige Informationen von Vertretern vor Ort. In einem Communiqué in Den Haag hatte Del Ponte zuvor erklärt,

sie hoffe, dass andere Mitbeteiligte vor Gericht gestellt werden könnten. Der Inhalt der Anklage des UNO-Tribunals gegen Arkan solle zudem nicht bekannt gegeben werden, da die Ermittlungen gegen Mitbeteiligte weitergingen.

Arkan war 1997 von Del Pontes Vorgängerin Louise Arbour wegen Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien angeklagt worden, die Existenz der Anklage war aber erst im März 1999 bekannt geworden. Auf der Liste der vom Tribunal gesuchten Personen stehen auch der bosnische Serben-Führer Radovan Karadzic und der jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic.

Die Anklage gegen Arkan stützt sich auf Ermittlungen zu dessen Aktivitäten von 1991 bis 1995 in Slawonien sowie in Ost- und Nordwestbosnien. Arkans paramilitärische Einheiten «Tiger» werden zudem auch für Kriegsverbrechen im Kosovo verantwortlich gemacht.

Beziehungen festigen

Pakistans Militärmachthaber in China

PEKING: Der pakistanische Militärmachthaber General Pervez Musharraf ist zu einem Besuch in Peking eingetroffen. Bei seiner Ankunft sagte Musharraf, Pakistan betrachte China «als seinen verlässlichsten und vertrautesten Freund».

Anschliessend empfing der chinesische Generalstabschef Fu Quanyou den General. «China hat Pakistan in schwierigen Zeiten beigestanden», sagte Musharraf. Er wolle bei seinem Besuch die Beziehungen festigen und die Kooperation auf internationalem Gebiet ausbauen.

Der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji erklärte im staatlichen Fernsehen, gleichgültig, ob sich die nationale Lage eines der beiden Länder verändere, beide verfolgten weiter die bisherige politische Linie. Dies beinhalte auch die Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Staats- und Parteichef Jiang Zemin sowie Parlamentschef Li Peng werden am Dienstag mit dem General zusammentreffen, der am 12. Oktober in einem unblutigen Putsch die Macht in Pakistan an sich gerissen hatte. Es ist die erste Reise

Musharafs in ein nicht-islamisches Land seit seinem Putsch.

In einem Interview der Tageszeitung «China Daily» wollte Musharraf keinen Zeitplan für die Rückkehr zu einer zivilen Führung nennen. Seine Regierung wolle unter anderem «die Wirtschaft wieder beleben, ein Sparprogramm verfolgen, das Vertrauen der Investoren wieder aufbauen, Recht und Ordnung sichern», die Transparenz und Verantwortlichkeit des Systems und die nationale Einheit festigen.

«So eine grosse Aufgabe kann nicht über Nacht erfüllt werden»,

sagte Musharraf. «Wir müssen unsere Vision auf die Verwirklichung des vor uns liegenden Programms fixieren und uns nicht so viele Sorgen über den Zeitrahmen machen.» Seine Regierung habe «keinen grundlegenden Wandel in der Aussenpolitik» vorgenommen.

Die Reise Musharafs nach Peking fällt in eine Zeit erhöhter Spannungen zwischen Pakistan und Indien. Die Beziehungen beider Länder seien auf einem Tiefpunkt angelangt, sagte Musharraf der indischen Zeitung «The Hindu» vom Montag.